Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 32 (1952-1953)
Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Das Schweizervolk hat mit den beiden eidgenössischen Vorlagen, die es am *23. November* bei einer ziemlich schwachen Stimmbeteiligung annahm, den reichbefrachteten Abstimmungskalender dieses Jahres abgeschlossen. Dabei wurde die Vorlage über die befristete Weiterführung einer beschränkten Preiskontrolle mit 488 489 Ja gegen 289 462 Nein bei 16 annehmenden und 6 ablehnenden Ständen gutgeheißen. Einige Bemerkungen zu diesem Entscheid mögen angebracht sein. In erster Linie ist festzuhalten, daß seitens der Anhänger der Vorlage eine denkbar massive Propaganda in Szene gesetzt wurde, ganz ähnlich wie es am 5. Oktober bei der Abstimmung über die Tabakkontingentierung der Fall gewesen war. Auch zögerten amtliche Stellen keineswegs, sich denkbar stark für ihre Sache einzusetzen, und im besonderen der Leiter der Preiskontrollstelle persönlich war unermüdlich tätig, um der Vorlage ein gutes Ende zu sichern. In diesem Bemühen wurde er vornehmlich unterstützt durch die sozialdemokratische Propaganda, anderseits war aber auch von bäuerlicher Seite eine erhebliche Aktivität nach dieser Richtung festzustellen, wobei sich ein populärer Altbundesrat in besonderer Weise maßgeblich beteiligte. Hier spielte nicht allein die Tatsache mit, daß die Vorlage deutliche Elemente der Preishochhaltung in sich schloß, indem mit dem Absatz 2 des Art. 1 eine Grundlage zur staatlichen Fixierung des Milchpreises, zur Beibehaltung der Milchausgleichskassen und ähnlicher Einrichtungen geschaffen wurde, sondern außerdem waren Erwägungen maßgebend, welche mit der Fixierung der Pachtzinse zusammenhingen. Man empfand eben auf bäuerlicher Seite eine lebhafte Besorgnis, es könnte im Falle der Ablehnung der Vorlage zu einer Erhöhung der Pachtzinse kommen, und vergeblich machten maßgebende Stimmen aus der Bauernschaft selbst geltend, daß diese Befürchtung angesichts der bestehenden Marktlage nicht begründet sei. Der gegnerischen Propaganda konnte es auch hier nicht gelingen, die Sorgen zu zerstreuen, so wenig wie bei den Mietzinsen. Nachdem nun der Entscheid gefallen ist, wird man sich darüber klar sein, daß die Kontrollrechte, welche dem Bund damit übertragen sind, sich immerhin als materiell eingeschränkt erweisen und im übrigen deutlich befristet sind. Der Beschluß gilt vom 1. Januar 1953 bis zum 31. Dezember 1956. Innert dieser Frist müssen die Vollmachten auch in diesem Bereiche abgebaut werden. Dies gilt nun in erster Linie für den Sektor der Miet- und Pachtzinse, sowie für die Maßnahmen zum Schutze der Mieter, weil die bestehenden Vorschriften hier am 31. Dezember 1953 außer Kraft treten. Es wird sich offensichtlich darum handeln, die entsprechenden Bestimmungen einer weiteren Lockerung zu unterwerfen, und der Bundesrat hat in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage erklärt, daß die Anweisungen für den Erlaß des bezüglichen Ausführungsgesetzes bereits erteilt seien. Dabei kann es sich natürlich nur um eine allmäh-

liche Lockerung handeln, worüber man sich klar sein wird, und es wäre vielleicht besser gewesen, wenn in der Propaganda seitens der Hausbesitzer hier etwas weniger massive Forderungen aufgestellt worden wären. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß gerade die Befürchtungen, die man dadurch in weiten Kreisen der Mieterschaft wachrief, entscheidend zur Annahme des Gesetzes beigetragen haben. Dieser materiell bedingte Gesichtspunkt ist es denn auch gewesen, welcher der Vorlage trotz allen gegenteiligen Zusicherungen am Ende zum Durchbruch verholfen hat, und man wird sich auch für spätere Fälle darüber klar sein, daß diese Gesichtspunkte immer durchdringen und daß gegen sie Erwägungen allgemeiner Natur oder theoretische Argumente nicht aufzukommen vermögen. So konnte man im vorliegenden Fall dem Volke lange vorhalten, daß der Art. 2 verfassungsrechtlich unmöglich sei und dem Bunde tatsächlich eine Vollmacht gebe, die weit über die Bestimmungen seines Wortlautes hinausginge, — gegenüber den interessebedingten Sorgen konnte diese Argumentation, so sehr sie auch begründet war, nicht aufkommen. Hier drängt sich irgendwie ein Vergleich mit der Abstimmung vom 5. Oktober über die Tabakkontingentierung auf: weil dort das ganze Volk mit Ausnahme einer kleinen Gruppe materiell nicht interessiert war, ließ es gefühlsbetonte Regungen über Erwägungen der Verfassungsmäßigkeit triumphieren. Man wird sich über diese Einstellung für die Zukunft klar sein müssen. Die Kreise der freien Wirtschaft werden im übrigen den Bundesrat gegebenenfalls an seine während der Kampagne abgegebenen feierlichen Zusicherungen zu erinnern haben, wonach er von den ihm nun erteilten Preiskontrollvollmachten nur im Falle einer wirklichen nationalen Notlage Gebrauch machen werde.

Die Vorlage über die befristete Weiterführung der Getreideordnung, welche mit 582 181 Ja gegen nur 187 862 Nein angenommen wurde, war an sich nicht umstritten. Das Volk hat damit beschlossen, daß in Anbetracht der internationalen Lage jene Maßnahmen vorerst weitergeführt werden sollen, die sich als unerläßlich für die Landesversorgung mit Brotgetreide und für die Tiefhaltung des Brotpreises erwiesen haben. So wird erstens die Zentralisation der Einfuhr von Brotgetreide beim Bund beibehalten. Der Bundesrat hatte in seiner Botschaft diese Maßnahme damit begründet, daß angesichts der gegenwärtigen Lage jederzeit Importschwierigkeiten auftreten könnten, welche sich für den privaten Importhandel wegen der damit verbundenen Risiken als unüberbrückbar erweisen müßten, was sich in der Vergangenheit bereits zu wiederholten Malen erwiesen habe. In Kreisen des Importhandels war man freilich keineswegs dieser Ansicht, und tatsächlich wird man auch den Verdacht nicht los, daß es dem Bundesrat, bzw. der Getreideverwaltung in erster Linie darauf ankam, die monopolistische Lösung unter allen Umständen beizubehalten. Wir hörten ein Referat des Direktors der Eidgenössischen Getreideverwaltung, welches hierüber kaum einen Zweifel lassen konnte. Ebenfalls mit Rücksicht auf die unsichere Lage soll zweitens die erhöhte Lagerhaltung von Brotgetreide mit 400 000 Tonnen gegenüber nur 80 000 Tonnen vorerst noch beibehalten werden. Zum dritten sind endlich die geltenden Vorschriften über die Ausmahlung des Brotgetreides verlängert worden. Die Botschaft des Bundesrates hatte sie als unerläßlich bezeichnet, weil durch sie allein die soziale Preisgestaltung des Brotes sichergestellt werden könne. So hätte nach den Ausführungen der Botschaft die Aufhebung dieser Vorschriften beim Ruchbrot — das von 40% der Bevölkerung konsumiert wird — einen Aufschlag um 30%, beim Halbweißbrot um 10% zur Folge gehabt, während die Patisserie billiger geworden

wäre. Es hätte sich ferner — immer nach den Ausführungen der Botschaft — auch bei den Teigwaren eine unerwünschte Preisverschiebung ergeben, indem die gewöhnlichen Teigwaren um 12 Rappen per Kilogramm verteuert, die teuren aber um 4 Rappen verbilligt worden wären. Durch diese Preisverschiebungen wäre der Index der Nahrungskosten um 3,1 Punkte bzw. 1,7% gestiegen. Damit sind zugleich die Gründe wiedergegeben, welche offensichtlich für den positiven Entscheid des Volkes in diesem Falle maßgebend waren. Allein auch hier, wie bei der Vorlage über die Preiskontrolle, ist dieser positive Entscheid nur unter deutlichen Einschränkungen erfolgt. Wesentlich ist nämlich — und dies wird oft übersehen —, daß die bestehenden Vorschriften als solche nur bis zum 31. Dezember 1953 in Kraft bleiben. Wenn also das Volk zu dieser Vorlage am 23. November Ja gesagt hat, so hat es damit die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes nur für ein Jahr beschlossen, und eine Verlängerung über diesen Termin hinaus ist für jeden einzelnen Fall nur möglich auf Grund eines Bundesbeschlusses, der seinerseits wieder der Volksabstimmung unterliegt. Damit werden sämtliche Vorschriften im Laufe des kommenden Jahres erneut zur Diskussion gestellt, und je nach der Entwicklung der allgemeinen Lage wird das Volk dann entscheiden, ob die Regelung beibehalten, geändert oder aufgehoben werden soll. Die Kräfte, welche sich gegen die Verankerung der Staatsallmacht auch in diesem Sektor zur Wehr setzen, werden dafür zu sorgen haben, daß die monopolistischen Bestrebungen eingedämmt werden und daß die im Volke zweifellos vorhandene Monopolgegnerschaft neu erweckt wird. Für die Arbeit in diesem Sinne wird also das kommende Jahr vielfältige Gelegenheit geben und es ist nur zu hoffen, daß die internationale Lage in ihrer Entwicklung diesen Kräften zu Hilfe kommt.

Bei der *Budgetberatung*, welche das Parlament in üblicher Weise während der Dezembersession ablaufen ließ, ist ein erfreulicher Sparwille zum Durchbruch gekommen. Wenn auch das materielle Ergebnis noch nicht gerade groß ist, so ist doch immerhin eine ganze Anzahl von Sparmöglichkeiten diskutiert worden und das Parlament hat den Voranschlag nicht mehr so kritiklos hingenommen, wie dies früher zeitweise der Fall war. Freilich ist es nicht gelungen, die Subventionen in wesentlichem Maße abzubauen. Das kommt einesteils daher, daß die meisten Subventionen gesetzlich gebunden sind, während anderseits in den offen stehenden Fällen auch hier wieder die Funktion der rot-grünen Allianz deutlich zu bemerken war, welche im Nationalrat mit ihren 70—80 Stimmen in der Regel im Sinne der Beibehaltung der bisherigen Ansätze durchdrang. Im Ständerat, wo die Mandatsverteilung wesentlich anders liegt, ist diese Front in manchen Fällen nicht zum Durchbruch gekommen, so daß immerhin einige Korrekturen angebracht werden konnten. Energische Abstriche sind bei den Militärausgaben getätigt worden, ein Bereich, in dem offensichtlich eine gewisse Unklarheit herrscht. Hier erweist sich eine vermehrte öffentliche Kontrolle als notwendig. Man wird dabei im besondern die Kriegstechnische Abteilung im Auge haben, und das Parlament hat bereits dafür gesorgt, daß dort zwangsläufig gewisse bedeutende Einsparungen vorgenommen werden. Außerhalb des Budgets, aber in engem Zusammenhang mit jenen Beratungen, stand der Entscheid über die *Festsetzung des Getreidepreises*. Man wird dabei die Tatsache als erfreulich festhalten, daß es gelungen ist, dem bundesrätlichen Antrag in diesem Sektor zum Durchbruch zu verhelfen. Die Vorstöße, welche auf eine Erhöhung des Getreidepreises um 3 oder sogar 5 Franken abzielten, konnten, wenn auch teilweise mit schwachem Mehr, ab-

gewiesen werden, und es bleibt bei der Erhöhung um 2 Franken, wie sie der Bundesrat vorgeschlagen hatte.

In letzter Zeit ist in gewissen Kreisen des Auslandes, insbesondere auf der andern Seite des Atlantik, *die schweizerische Neutralität* oder der Wille zu ihrer Beibehaltung mehrfach in Zweifel gezogen worden. Man wird demgegenüber als ganz besonders erfreulich vermerken, daß der Bundesrat in allen diesen Fällen nicht gezögert hat, die Dinge zu Handen der ausländischen Zweifler auf den richtigen Platz zu stellen. Wenn dies in jedem Falle so prompt geschieht wie bei den kürzlichen Vorstößen, so wird man wohl im Ausland sich allmählich damit abfinden, daß unser Volk nicht gewillt ist, an seiner Neutralität rütteln zu lassen und daß es jedem Zweifel an seinem Willen, die Neutralität unter allen Umständen zu verteidigen, entschlossen begegnet. Daß es aber im Ausland auch erfreuliche Stimmen zu diesem Thema gibt, hat eben erst eine bekannte norwegische Arbeiterzeitung in einem bemerkenswerten Artikel bewiesen. Hier wurde u. a. ausgeführt:

> «Die permanente Neutralität, welche auf die prinzipielle Politik der Schweiz hinweist, ist im besonderen Maße eine bewaffnete Neutralität. Hinter der vorsichtigen allianzlosen Außenpolitik steht eine starke kleine Miliz, bereit, jeden Invasionsversuch abzuwehren. Um die Mentalität, welche hinter der schweizerischen Verteidigung liegt, verstehen zu können, muß man daran denken, daß hier Demokratie und Militärwesen keine widersprechenden Begriffe sind. Es sind Erkenntnisse, die sich in einer langen geschichtlichen Entwicklung geformt haben und die Grundlage bilden für den besonderen Geist des Bürgersoldaten, den wir in Europas ältester Republik finden. Eines ist auf jeden Fall beweisbar, nämlich daß die gesamte schweizerische Nation in ihrer Grundeinstellung jene Neutralitätspolitik wünscht, wie sie seit Generationen bestanden hat. Die schweizerische Neutralitätspolitik bildet auch die Grundlage der Innenpolitik. Wollten die Schweizer eine Allianzpolitik einschlagen, so würde es wahrscheinlich schwierig sein, sich über die Wahl zu einigen. Vermutlich müßte eine solche Politik die Gemeinschaft und damit die Grundmauern der Republik ernstlich bedrohen».

* * *

Die *Entwicklung der internationalen Lage* wird nunmehr entscheidend bestimmt durch die Wendung, welche mit der Wahl Eisenhowers zum Präsidenten der Vereinigten Staaten eingetreten ist und über die man sich, nach der grundsätzlichen Seite wenigstens, bereits ungefähr ein Bild machen kann. Europa wird in steigendem Maße für sich selber zu sorgen haben. Sicher wird zwar die amerikanische Hilfe weiterfließen, aber eben doch wohl in beschränktem Maße, und unter gewissen Bedingungen, deren Bedeutung man bald erkennen wird. So hat man in Europa in weiten Bezirken die Wahl Eisenhowers mit eher gemischten Gefühlen aufgenommen. Das war nicht nur deswegen begreiflich, weil wohl eine gewisse Verlagerung des Schwergewichts nach Asien erfolgen wird, sondern vielleicht mehr noch aus der im Wahlkampf ausgegebenen Parole, daß die Satelliten der Sowjetunion «mit friedlichen Mitteln» befreit werden sollen. Zwar hatte auch Stevenson erklärt,

«die Freiheit der Nachkommen Kosciuszkos, Masaryks und anderer Helden des osteuropäischen Freiheitskampfes ist eine Frage, die zwischen der Sowjetunion und allen freien Nationen steht»,

aber er fügte das folgende an:

«Der grausame Griff der Sowjettyrannen um den Nacken unserer Freunde und Verwandten kann durch leere Phrasen und eitle Drohungen nicht gelockert werden. Er kann auch nicht gelockert werden, indem wir falsche Hoffnungen erwecken; diese könnten höchstens unüberlegte Handlungen provozieren, die bloß unsere Brüder vor die Exekutionspelotons führen würden».

Und sicher hat er der weit überwiegenden Mehrheit aller Europäer aus dem Herzen gesprochen, wenn er am Ende erklärte:

«Der russische Griff kann nicht gelockert werden, indem ein unsinniger Krieg vom Zaune gebrochen wird, der nur zu unsagbarem Leiden für unschuldige Menschen führen müßte. Damit könnten höchstens verwüstete, verödete und menschenleere Länder befreit werden. Nicht in der Asche eines dritten Weltkrieges, sondern in der Atmosphäre einer friedlichen Welt kann das Selbstbestimmungsrecht der Völker überhaupt einen Sinn haben oder können die versklavten Völker wieder frei und unabhängig sein. Ich sage euch, daß ich nie davor Angst haben werde, in guten Treuen mit der Sowjetunion zu verhandeln. Denn die Türe zum Verhandlungszimmer schließen, heißt die Türe zum Krieg öffnen».

Eine Verstärkung des amerikanischen Einsatzes in Asien hat übrigens für Europa nicht nur Nachteile; sie kann dem alten Kontinent in besonderer Weise zugute kommen. Zu einer direkten Entlastung wird er wohl für Frankreich führen, dessen bisherige Opfer in Indochina nicht mehr weiter fortgesetzt werden können, wenn nicht die ganze europäische Konzeption darunter leiden soll. Auch in Korea wird man wohl einigermaßen aktiver werden, es fragt sich nur, in welcher Richtung; Rezepte sind ja genug produziert worden, seitdem Eisenhower dort seinen persönlichen Besuch abgestattet hat. Heute ist übrigens die Lage dort kurz zusammengefaßt so, daß die Alliierten mit den Südkoreanern zusammen ihre Truppenstärke derjenigen ihrer Gegner angeglichen haben. Die Truppenstärke der Alliierten beträgt rund 450 000 Mann, die der Südkoreaner ebenfalls so viel, so daß 900 000 Mann zur Verfügung stehen, während die Zahl der chinesisch-nordkoreanischen Truppen auf rund 1 Million geschätzt wird. Die Südkoreaner halten bereits 60% der Frontlinie besetzt, während sich die Amerikaner und die übrigen UNO-Mitglieder in die restlichen 40% teilen. Bei der Luftwaffe ist noch eine gewisse zahlenmäßige Überlegenheit auf chinesisch-nordkoreanischer Seite festzustellen, wie übrigens die Alliierten fast doppelt so hohe Verluste an Flugzeugen erlitten haben als ihre Gegner, was darauf zurückzuführen ist, daß die Alliierten und namentlich die amerikanische Luftwaffe ihre Flugzeuge gegen die chinesisch-nordkoreanischen Landarmeen einsetzen, während die Kommunisten die Luftwaffe nur zur Abwehr von Fliegerangriffen benützen und bisher keinen einzigen direkten Luftangriff unternommen haben. An Kosten hat der koreanische Krieg bis heute 15 Milliarden Dollars verursacht. Die Mannschaftsverluste der Amerikaner beziffern sich auf 128 000 (Tote, Verwundete und Vermißte), diejenigen der übrigen Alliierten auf 11 000 und die der Südkoreaner auf 155 000, während die Verluste der Kommu-

nisten auf 1 800 000 Mann geschätzt werden. Unter den Ideen, wie der koreanische Krieg zu Ende geführt werden könnte, finden sich zweifellos originelle. So hat jemand den Vorschlag gemacht, die Vereinten Nationen sollten stillschweigend, aber doch so, daß der Feind davon wüßte, allmählich ihren Truppenbestand in Korea abbauen. Sollte die Gegenseite dann ebenfalls durch fortschreitende Zurückziehung chinesischer Truppeneinheiten antworten, so könnten Woche um Woche auf beiden Seiten der Front die nichtkoreanischen Truppenkontingente verringert werden, so daß sich schließlich, wie im Juni 1950, nur noch Nordkoreaner und Südkoreaner gegenüberstünden. Mindestens eine amerikanische und eine europäische Division müßten aber von Japan aus darüber wachen, daß dieser nicht erklärte Waffenstillstand auch wirklich eingehalten würde. Das ist nur einer von vielen Vorschlägen. Wie weit er der neuen amerikanischen Politik entsprechen wird, ist einigermaßen fraglich. Sicher ist aber, daß er sich den Ideen des künftigen Staatssekretärs John Foster Dulles nähert, der sich bereits gegen eine Großoffensive in Korea ausgesprochen hat.

Die Entwicklung der Lage in Europa wird im kommenden Jahre wesentlich durch die Wahlen bestimmt werden, die in verschiedenen Ländern stattfinden, so in der westdeutschen Bundesrepublik und in Italien. Leider läßt sich insbesondere im Falle Italien jene Feststellung treffen, die man schon mit Bezug auf Frankreich machen mußte, daß nämlich versucht wird, dem Kommunismus mit Wahlmanövern beizukommen, weil man sonst nicht mit ihm fertig wird. So soll nach dem neuen italienischen Wahlgesetz diejenige Parteienkoalition, welche die absolute Mehrheit erringt, automatisch 380 der 590 Parlamentssitze erhalten. Die «Tat» bemerkt dazu mit Recht, es heiße ganz einfach Schindluderei mit dem Begriff Demokratie treiben, wenn die an der Macht befindlichen Parteien dann, wenn sie Angst bekommen, schnell für einen völlig durchsichtigen Zweck ein neues Wahlgesetz zurechtzimmern, von dem sie einen sichern Sieg erwarten dürfen. Das Blatt schließt seine Bemerkungen darüber mit den treffenden Worten:

> «Das sind genau die Methoden, die man in andern Regionen Europas anwendet. Wenn die Demokratie so wenig Zuversicht hat, sich im italienischen Volk durchzusetzen, dann ist sie ohnehin nur noch ein Gespenst, das auch durch Wahlrechtsmätzchen nicht mehr Kraft und Leben bekommt».

Italien hat in den letzten Wochen bedeutende Persönlichkeiten verloren, die in seiner Geschichte eine große Rolle gespielt haben. Vittorio Emanuelo Orlando, der große italienische Staatsmann, dessen Glanzzeit sich während des ersten Weltkrieges und bei den Friedensverträgen abspielte, wurde kürzlich zu Grabe getragen. Mit ihm ist einer jener großen Liberalen dahingegangen, die es, wie auch der kurz vorher verstorbene Graf Sforza, abgelehnt haben, sich dem Faschismus zu beugen. Bis in die letzten Wochen seines Lebens ist der Verstorbene von den leitenden Staatsmännern seines Landes in wichtigen Fragen konsultiert worden. Kurz nach ihm starb die Exkönigin Helena, Tochter des Königs Nikita von Montenegro. Sie hat das schwere Schicksal des Königs Viktor Emmanuel III. geteilt und dabei stets eine wahrhaft königliche Haltung gezeigt. Sie verließ Rom mit dem König, mußte die Trauerbotschaft vom tragischen Tode ihrer zweitältesten Tochter Mafalda, Prinzessin von Hessen, ertragen — sie starb in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager — und ging später mit Viktor Emmanuel in

das ägyptische Exil, um nach dessen zu Weihnachten 1947 erfolgtem Tode nach Frankreich überzusiedeln. Kurz vor ihrem Tode erließ sie eine Botschaft an das italienische Volk, in der sie sagte:

> «Alle Italiener, gleich welcher Partei sie angehören, sind Söhne Italiens, und ich segne sie alle».

Solche Worte sind immer wertvoller, je seltener sie heute geworden sind. Wie die «Basler Nachrichten» dazu melden, wurden diese letzten Worte der Königin denn auch von den italienischen Blättern in großer Schrift veröffentlicht, wurden von Millionen von Italienern gelesen und mit Ergriffenheit zur Kenntnis genommen. So hat die greise Königin noch im Sterben das ihrige zur Popularisierung des Hauses Savoyen und der Idee einer eventuellen Wiederherstellung der Monarchie in Italien beigetragen.

Die Lage im Mittleren Osten gibt nach wie vor zu Bedenken Anlaß. Nachdem Persien zu Ende Oktober die diplomatischen Beziehungen zur britischen Regierung abgebrochen hat, sind die Dinge dort stationär geblieben. Dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen ging übrigens eine bezeichnende Episode voraus, von welcher der Londoner Korrespondent der «Basler Nachrichten» berichtet. Wenige Wochen vorher erschien nämlich ein Beamter des persischen Außenministeriums in der britischen Botschaft und bat darum, sich aus deren Bibliothek ein Buch ausborgen zu dürfen. Das Buch war ein Leitfaden für Diplomaten und trug den Titel: «Protokoll, das beim Abbruch diplomatischer Beziehungen zu beobachten ist». Im übrigen scheint es auch mit der in Persien und anderswo im Mittleren Osten vorzunehmenden Landreform gewisse Schwierigkeiten zu haben, die aus dem Islam stammen. So meldet die Deutsche Wochenzeitung «Christ und Welt», die Lage, daß man das Land des einen Moslems wegnimmt, um es einem andern zu geben, sei im Koran nicht vorgesehen. Alle moslemischen Menschen sind nach Mohammed gleich. Es gibt keine Klassen. Wer reich ist, kann glücklich darüber sein, Allah danken und den Armen geben. Wer arm ist, mag diesen Zustand ändern. Keinesfalls aber soll der Arme aus sozialistischen Motiven dem Reichen seinen Besitz fortnehmen. Man sieht, es gibt auch von dieser Seite allerhand Hemmnisse.

Eine schwere Belastung für den Status Europas bedeuten die andauernden Ungelegenheiten, welche der französischen Verwaltung in Nordafrika erwachsen. Man wird auch in diesem Bereich nicht ohne Befürchtungen der neuen amerikanischen Politik entgegensehen. Über die Hintergründe der schweren Unruhen in Casablanca wird übrigens berichtet, die Tatsache, daß es gelang, die Massen der Arbeiterviertel von Casablanca in Bewegung zu setzen, habe ihren Grund darin, daß die Amerikaner, die größten Arbeitgeber für die eingeborenen Arbeiter, vor kurzem ihre Lohnsätze erheblich gesenkt hätten. Als sie mit dem Bau ihrer Flugplätze und Hafenanlagen begannen, zahlten sie den marokkanischen Arbeitern die gleichen Löhne wie den französischen und amerikanischen Arbeitern. Die französische Verwaltung protestierte dagegen, worauf die amerikanischen Bauunternehmer, unterstützt vom Staatsdepartement, entgegneten, sie beteiligten sich nicht an dem System der französischen Kolonialausbeutung. Als die Amerikaner aber entdeckten, daß die Marokkaner keineswegs gleiche Arbeit für gleichen Lohn leisteten, wurden die Eingeborenenlöhne auf ungefähr ein Siebentel reduziert, da man fand, daß sieben Marokkaner ungefähr die gleiche Arbeit wie ein Weißer leisteten.

Die Bemühungen um die Herstellung der Einigung Westeuropas haben nach wir vor mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen und es wird wohl eines starken Einsatzes der neuen amerikanischen Diplomatie bedürfen, um die Dinge in diesem Bereiche wieder vorwärts zu bringen. Die Schwierigkeiten in Westdeutschland sind bekannt. Die Saarfrage ist nach wie vor ungelöst; immerhin hat der Wahltag vom 30. November den Willen der Saarbevölkerung bestätigt, die wirtschaftlichen Verflechtungen mit Frankreich, freilich in gemilderter Form, aufrechtzuerhalten, und von dem Willen der Bevölkerung, nach Deutschland zurückzukehren, ist offenbar nicht die Rede. Die Lage wird dort auch nicht besser abgeklärt durch jenen Lösungsvorschlag für das Saarproblem, den Nationalrat Robert Bratschi am 18. November an den Vorsitzenden der Einheitsgewerkschaft des Saarlandes, Industrieverband Eisenbahn, gerichtet hat, und den die schweizerische Gewerkschaftskorrespondenz publizierte. Der Brief von Herrn Bratschi enthält nämlich nichts anderes als Gemeinplätze und bewegt sich im übrigen durchaus in der bekannten Bahn, welche zu einer Europäisierung des Saarlandes führen soll. Einen wesentlichen Beitrag stellt dieser Lösungsvorschlag also nicht dar.

Ebenso bekannt sind die Schwierigkeiten, welche den Plänen für Europa in Frankreich erwachsen und die weit davon entfernt sind, überwunden zu sein. Man wird also sagen müssen, daß die Prognosen für diesen Bereich der großen Politik nicht günstig sind. Noch sind die Berichte nicht vergessen, welche diesen Herbst über angebliche französisch-russische Geheimverhandlungen umgingen. Zwar hat sich erwiesen, daß die darüber verbreiteten Behauptungen unbegründet waren. Indessen hat man im europäischen Bereiche nach wie vor mit Alternativen zu rechnen. Es ist bekannt, daß die Sowjetunion neuerdings ein außergewöhnliches Interesse für die Verhandlungen und Kundgebungen des Europarates in Straßburg bekundet. Rußland würde es zweifellos begrüßen, wenn sich die bestehenden europäischen Pläne in der Richtung auf das Projekt einer «Dritten Kraft» entwickeln würden, einer Kraft also, welche aus Europa eine Macht zwischen den Weltmächten bilden könnte. Das wäre also die Linie des «Neutralismus», der nach wie vor in bestimmten Zirkeln Frankreichs aktiv ist und sich neuerdings in Westdeutschland die Organisationsform einer Partei gegeben hat. Von den Linien der neuen amerikanischen Diplomatie und nicht zuletzt von den zu ihrer Durchführung eingesetzten Mitteln wird es weitgehend abhängen, wie die Dinge im europäischen Bereiche nun weiterlaufen.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Westdeutschland

Die Bonner Debatte über die Ratifizierungsgesetze war kein erfreuliches Erlebnis. Die Zuspitzung der persönlichen Gegensätze zwischen führenden Politikern hat einen Grad erreicht, der eine sachliche Debatte weitgehend ausschließt. Die unliebsamen Vorgänge, die aus der Tagespresse bekannt sind, können leider kaum noch als eine Nebenerscheinung gewertet werden, denn sie haben die sachlich-politische Auseinandersetzung völlig überschattet. Die Parteien machen sich gegenseitig den Vorwurf, daß ihre Redner nicht zum Parlament, sondern zu den Millionen der Rundfunkhörer gesprochen hätten. Ich glaube das nicht, denn nichts konnte auf die zuhörenden Massen einen schlechteren Eindruck machen als diese

gegenseitigen Verleumdungen und moralisierenden Beschuldigungen, ganz zu schweigen von den Beschimpfungen durch Zwischenrufe. Am schlimmsten war die letzte Nacht, für die man höchstens die Ermüdung durch Dauersitzungen von drei Tagen, wenn nicht als Entschuldigung, so vielleicht als Erklärung anführen darf. Diese Debatte hat dem Ansehen des Parlaments im Volk geschadet, und wenn es so weiter geht, wird die Demokratie selbst Schaden nehmen. Es ist viel von ihrer Gefährdung durch extreme Richtungen von Rechts und Links die Rede. Wir müssen aber heute die ernste Frage stellen, ob die lizensierten Parteien von 1945, die in Regierung und Opposition noch der Träger unseres Staates sind, zur Gefährdung der Demokratie nicht selbst beitragen und damit den Gegnern dieser Staatsform das Spiel überhaupt erst ermöglichen. Es fällt nach diesen drei Tagen und Nächten in Bonn schwer,

den sachlichen Kern der Debatte

zu finden und herauszuschälen. Der Bundeskanzler bezog eine Position, die von der Opposition tatsächlich nicht angegriffen werden kann, solange sie nicht selbst eine Alternativ-Politik vorschlägt. Das ist auch jetzt in Bonn nicht geschehen, obwohl Dr. Adenauer der Opposition ein Stichwort zugeworfen hatte, das den Schlüssel zur ganzen Lage hätte bedeuten können. Ich meine den Satz Adenauers, daß die westlichen Siegermächte komplette Narren wären, wenn sie die Machtposition, die sie auf Grund des Besatzungsstatutes nun einmal in Deutschland haben, aufgeben wollten, «ehe wir uns entschieden haben, mit ihnen zusammenzugehen». Dieser Satz gilt natürlich genau so für die vierte Besatzungsmacht und für das Verhältnis Rußlands zu dem von ihm besetzten Teile Deutschlands. Ollenhauer ließ sich diese Chance entgehen. Als er in seinen langatmigen Ausführungen immer wieder durch Zwischenrufe aufgefordert wurde, doch nun endlich seine Alternativ-Politik bekannt zu geben, enttäuschte er das ganze Haus, indem er nur eine Völkerbundpredigt alten Stils für die kollektive Sicherheit hielt. (Leicht konnte Adenauer ihn darüber belehren, in welchem Paragraphen des EVG-Vertrages dieses Endziel der Westverträge bereits enthalten ist.) Es ist nicht anzunehmen, daß der kluge Ollenhauer seine Chance nur aus Versehen nicht wahrnahm. Er hätte das nämlich aufrichtig nur tun können, wenn er bereit gewesen wäre, die Konsequenzen aus der Anwendung des Adenauer'schen Satzes auf Rußland zu ziehen. Die Voraussetzung für eine Alternativ-Politik der Opposition wäre also ein sozialdemokratisches Bekenntnis zur bündnisfreien Position Gesamtdeutschlands zwischen den Mächtegruppen gewesen, aber diese Lösung gehört bisher nicht zum Aktionsprogramm der SPD, so daß sie in dieser Hinsicht keineswegs berechtigt erscheint, der Regierung einen Vorwurf zu machen. Das Bekenntnis der SPD zu einer

gesamtdeutschen Alternativ-Politik

hätte nämlich logischerweise auch vorausgesetzt, daß die Opposition die Ratifikation der Westverträge nicht ablehnen durfte, da sie ja sonst das mögliche Tauschobjekt für ein späteres Vier-Mächte-Gespräch schon vorher ohne russische Gegenleistung aus der Hand gegeben hätte. Aber nicht einmal bis zu diesen Konsequenzen drang die Debatte vor und so kann man nicht sagen, daß die Generallinie des Bundeskanzlers sachlich unterlegen wäre. Der Opposition ist kein überzeugender Beweis gegen sie gelungen. Es ist im Ausland vielfach mißverstanden worden, daß der Bundeskanzler trotzdem die dritte Lesung vertagen mußte. Solche Mißverständnisse sind nicht verwunderlich, da ja auch in Deutschland selbst die juristischen Komplikationen um das Verfassungsgericht eine Geheimwissenschaft für Fachleute geworden sind. Die Regierung hatte Grund zu der Annahme, daß ihre Sache in Karlsruhe nicht gut stehe. Sie befürchtete, daß das Karlsruher Gutachten für den Bundespräsidenten Heuß zwar nicht grundsätzlich gegen die Regierung aus-

falle, aber doch so viele Punkte der Opposition bejahe, daß der weitere glatte Ablauf in Frage gestellt würde. Nur widerstrebend muß nun zur Erklärung der juristischen und politischen Komplikationen doch von einigen Begriffen Gebrauch gemacht werden, die gegenüber obersten Gerichtsbehörden nicht üblich sein sollten. Hinter den Kulissen und auch schon ganz offen wird von

dem roten und dem schwarzen Senat

des Karlsruher Verfassungsgerichtes gesprochen. Die Wahl der Richter war durch das Bonner Grundgesetz leider dem politischen Parlament zugewiesen und so kam es zu dem bekannten Kuhhandel, da die Stimmen der SPD nicht entbehrt werden konnten. Tatsache ist jedenfalls, daß der Erste Senat (der Rote) das Vertrauen der Opposition genießt und der Zweite Senat, der Schwarze, das Vertrauen der Regierungskoalition. Wenn heute von einer Politisierung des Gerichtes gesprochen wird, dann knüpfen solche Vermutungen daran an, daß — zufällig oder planmäßig? — solche Richter, die eingeschriebene Mitglieder der SPD sind, in den Ersten Senat kamen, also gerade in den Senat, der über die Normenklage der SPD zu entscheiden haben würde. Um eine Revision des Verfassungsgerichtes und besonders der Bestimmungen über die Richterwahl werden wir nicht herumkommen, wenn diese Institution ein unbestrittenes Ansehen über den Parteien erreichen soll, wie es nötig ist. Ob die Spekulation der Regierungsparteien auf den Zweiten Senat zutrifft, wird sich erst noch herauszustellen haben. Ob diese neue Prozedur zur Beschleunigung der Ratifikation beiträgt, ist eine offene Frage. Die Absicht der Regierung ging jedenfalls dahin, möglichst innerhalb von sechs Wochen zu erreichen, was sonst mindestens sechs Monate gedauert haben würde, nämlich eine eindeutige Klärung der Kompetenzen des Parlamentes, die Ratifikationsgesetze mit einfacher Mehrheit anzunehmen. In jedem Falle kommen wir nun damit

in das Wahljahr 1953

hinein. An dem Maßstab der Bonner Debatte gemessen, erscheint manchen Beobachtern die parteipolitische Lage als hoffnungslos verfahren. Das wiederum könnte anti-parlamentarischen Bestrebungen den Auftrieb geben, den die Welt so sehr befürchtet. Vielleicht sollte man diesen Gesichtspunkt gerade auch in der Schweiz mit heranziehen, wenn man parteipolitische Bewegungen und Verschiebungen in Deutschland verstehen will. Es ist viel von einem Rechtsruck der Freien Demokraten die Rede, nachdem auf dem Mainzer Parteitag die Rechtsrichtung (Middelhauve) und die Linksrichtung (Maier-Stuttgart) so unversöhnlich aneinandergeraten waren. Betrachten wir diese Dinge einmal etwas tiefer und stellen zu diesem Zweck eine einfache Frage an unsere ausländischen Freunde. Würde man es im Ausland nicht lebhaft begrüßen, wenn es den großen traditionellen Parteien Deutschlands gelingen würde, die Masse der politisch heimatlosen ehemaligen Nationalsozialisten unter sich aufzuteilen? Die Nationalsozialisten waren nach geistiger und politischer Herkunft sehr verschieden. Die meisten von ihnen sind zwar keine Mitglieder der neuen Parteien geworden, haben aber als Wähler den Weg zu ihren Ursprüngen zurückgefunden. Sie wählen sozialdemokratisch oder christlich-demokratisch, soweit sie in solchen Richtungen ihre echten Wurzeln gehabt hatten. Wo aber bleibt das mehr konservative Element? Das sind nicht die Kreise, die sich um Remer und die aufgelöste Sozialistische Reichspartei scharten. Von dem verstorbenen Führer der Sozialdemokratie selbst, von Dr. Kurt Schumacher, stammt das Wort, daß in unserem politischen Aufmarsch eine konservative Partei fehlt. Die Scheu vor dem Wort konservativ ist zu groß, als daß es heute in Deutschland in einem Parteinamen wohl verwendet werden könnte. Aber ein kon-

servatives Element gehört zu jeder Demokratie und so könnte für den deutschen Liberalismus etwas ähnliches in Anspruch genommen werden wie wir es an der geistigen Ehe zwischen Konservativismus und Liberalismus in England vor uns sehen. Es scheint mir daher bedenklich, die Entwicklungen im deutschen Liberalismus nur von dem Gesichtspunkt zu betrachten, ob neofaschistische Bestrebungen davon profitieren könnten. Wenn diese Entwicklungen die richtigen Bahnen finden, könnte durch sie gerade die Tendenz zu extremistischen Sammlungsaktionen abgebremst werden. Es ist nun mit der

Heinemann-Partei

eine neue politische Gruppe hinzugekommen, die es ebenfalls auf Kreise abgesehen hat, die mit den bestehenden Parteien unzufrieden sind und sich politisch heimatlos fühlen. Das wäre zunächst eine negative Parole, aber auch solche haben oft genug als Motor für Sammlungen genügt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Parole der Unzufriedenheit wirksamer ist als ein positives Aktionsprogramm. Gewöhnlich wird in politischen und publizistischen Kreisen der Heinemann-Partei keine große Chance gegeben. Man sollte nicht übersehen, daß bei unseren labilen politischen Verhältnissen eine kleine Chance schon genügen könnte, um das Schwergewicht von der einen Seite auf die andere zu verschieben. Die beiden großen Parteien CDU und SPD könnten das verhindern, wenn sie sich über ein echtes Mehrheitswahlrecht einigen würden. Das aber gilt bereits als ausgeschlossen. Es besteht nicht einmal dafür viel Aussicht, daß sie sich auf ein kombiniertes System einigen — zur Hälfte Mehrheitswahl mit Stichwahlen und zur andern Hälfte proportionale Listenverrechnung, wie es ein Regierungsentwurf vorschlägt. Dieser immerhin noch ganz vernünftige Vorschlag wird schon von den andern Koalitionsparteien bekämpft, wäre also auch ohne die SPD nicht durchzuführen. Im Namen der Heinemann-Partei verbindet sich nun der gesamtdeutsche Appell mit den Erinnerungen an die Ohne-mich-Bewegung und man erinnert sich, welche entscheidende Rolle soeben erst im amerikanischen Wahlkampf das wenig fundierte Versprechen Eisenhowers spielte, die Soldaten aus Korea «den Müttern zurückzubringen». Dazu kommt nun noch, was oft die protestantische Verwirrung genannt wird, teils geistigen, teils aber auch politischen Ursprungs, was mit Gefühlen der Zurücksetzung innerhalb der CDU zusammenhängt, mögen diese Gefühle nun berechtigt sein oder nicht. Alle diese Dinge spielen in die große europäische Entscheidung hinein, so daß man gut tut, bei der Aufstellung von Prognosen vorsichtig zu sein.

Karl Silex

Bericht aus Washington

Der Rio Grande teilt die Bevölkerung der westlichen Hemisphäre in zwei zahlenmäßig fast gleiche Teile; dagegen ist diese Teilung ziemlich ungleich mit Bezug auf Reichtum, Industrie, militärische Macht, ja sogar im Hinblick auf die Freiheit. Und doch spielt Lateinamerika in den Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre, ja der ganzen Welt eine lebenswichtige Rolle. Da man sich auf der ganzen Welt vor allem mit dem West-Ost-Konflikt beschäftigt, der sich hauptsächlich um die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion dreht, sind in letzter Zeit die Angelegenheiten Lateinamerikas etwas in den Hintergrund des Interesses geraten. Auch die Tatsache, daß die wichtigsten strategischen Gebiete der Welt heute diesseits des Äquators liegen, hat dazu beigetragen. Und doch sollten jene, die sich mit Weltpolitik befassen, ihre Aufmerksamkeit auch den Angelegenheiten

Lateinamerikas zuwenden, denn dieses Gebiet gehört unbestritten zu den wichtigen Teilen im Gesamtbild. (Das gleiche könnte natürlich auch von Afrika und Australien gesagt werden. Die Möglichkeiten, die in diesen beiden Erdteilen vorhanden sind, müssen erst noch ganz erforscht werden.)

Nachdem während eines Jahrhunderts

die Beziehungen zu Lateinamerika

unbefriedigend oder noch schlimmer gewesen waren, entwickelten die USA von 1933 an, unter Präsident Roosevelt und Staatssekretär Cordell Hull, die berühmte «Politik der guten Nachbarschaft». Die interamerikanische Zusammenarbeit begann aufzublühen und eine Ära der freundnachbarlichen Beziehungen setzte ein. Die Lage in Lateinamerika wurde stabiler, sowohl wirtschaftlich als politisch. Diese Politik machte sich während des zweiten Weltkriegs bezahlt: Lateinamerikas Beitrag an die Sache der Alliierten war bedeutend. Dazu gehört zum Beispiel eine brasilianische Division, die sich im italienischen Feldzug ausgezeichnet hielt. Auch im koreanischen Krieg hat Lateinamerika Erdtruppen und Marineeinheiten für die Streitkräfte der Vereinten Nationen bereitgestellt.

Im großen ganzen muß jedoch zugegeben werden, daß die zwischenamerikanischen Beziehungen sich seit Kriegsende verschlechtert haben. Da die USA ihre ganze Aufmerksamkeit dem kalten Krieg schenkten, wurde die Politik der guten Nachbarschaft vernachlässigt. Dazu kommt, daß Lateinamerika selber eine ganze Menge frischer Probleme der Nachkriegszeit zu lösen hatte, unter denen politische Unruhen, wirtschaftliche Auseinandersetzungen und in einigen Staaten ein widerlicher Nationalismus zu nennen sind. Ein Teil der aus diesen Umständen erwachsenen Unzufriedenheit wurde wahrscheinlich mangels eines anderen Ventils auf die USA gelenkt. Das Ergebnis ist die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Washington und den Hauptstädten der lateinamerikanischen Nationen.

Das soll nun nicht heißen, daß die Zusammenarbeit unter den Völkern der beiden Amerika ganz aufgehört habe. Im Gegenteil: ein neues interamerikanisches Verteidigungsabkommen ist unterzeichnet worden — ein Regionalpakt innerhalb der Vereinten Nationen —, und amerikanische Militärmissionen sind gegenwärtig in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten damit beschäftigt, die Streitkräfte dieser Völker aus- und aufzubauen. (Im Gegensatz zu früheren Unternehmungen gleicher Art arbeiten diese Missionen tatsächlich; die Zuteilung zu einer solchen Mission wird heute im Gegensatz zu früher nicht mehr als Ferien für diese Offiziere betrachtet.) Die USA haben ebenfalls eine ganze Anzahl bilateraler Abkommen zum Abschluß gebracht; gestützt darauf sollen an solche Staaten Waffen geliefert werden, die sie dringend benötigen.

Es wird nicht darüber geklagt, daß nichts geschehe, sondern darüber, daß nicht schnell genug Fortschritte erzielt werden.

Die interamerikanische Zusammenarbeit ist nicht etwa eine Einbahnstraße. Obwohl die USA die große Industriemacht und die Hauptquelle für Geld und Waffen sind, ist Lateinamerika reich an Rohmaterialien, von denen viele von größter Bedeutung sind für die erfolgreiche Weiterführung des kalten Krieges; einige davon sind heute noch wertvoller als früher, weil die Kommunisten sich durch Übergriffe anderer Quellen bemächtigt haben. Südlich des Rio Grande stehen uns beträchtliche Mengen an Mineralien, Erdöl, Holz, Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Stoffen zur Verfügung. Auch menschliche Arbeitskraft ist reichlich vorhanden. Diejenigen, die Lateinamerika eine noch wichtigere Rolle im Weltgeschehen zuweisen möchten, wünschen nichts sehnlicher, als das Tempo der gegenwärtigen Zusammenarbeit zu beschleunigen, so daß diese Hilfsquellen, die diejenigen der USA und Kanadas ergänzen, noch intensiver erforscht und ausgebeutet werden können.

Neben der Tatsache, daß sich das Hauptinteresse auf Korea, Westeuropa und die dringlicheren Probleme des kalten Kriegs konzentriert, sind hauptsächlich zwei Umstände daran schuld, daß sich Südamerika nicht so rasch zu einer Schlüsselstellung im Weltgeschehen emporarbeiten kann:

seine falsche Wirtschaftslenkung und die politische Unbeständigkeit.

Man spricht zwar in den USA leichthin von den «Republiken» im Süden; tatsächlich findet man aber in Südamerika sehr wenig Demokratie. Der Peronismus in Argentinien ist nur das eindeutigste Beispiel. Kolumbien, Paraguay, Peru und Venezuela haben Regierungen, die, von Washington aus gesehen, als diktatorisch bezeichnet werden müssen. Während diese Zeilen geschrieben werden, geht in Venezuela eine in Geheimnis gehüllte Wahl zu Ende und alles, was man bisher erfahren hat, ist, daß ein militärischer Führer die Präsidentschaft gewonnen hat. Und es ist noch nicht so lange her, seit Oberst Batista durch einen Staatsstreich Präsident von Kuba wurde. Das sind, milde gesagt, nicht gerade gesunde Entwicklungen, und die Tatsache, daß einige dieser totalitären Regierungen auf Grund ihrer antiamerikanischen Einstellung gedeihen, macht die Lage noch verwickelter.

Südamerika hat eine Menge ungelöster Wirtschaftsprobleme, die vielleicht das Haupthindernis sind für die weitere Entwicklung der interamerikanischen Zusammenarbeit. Die Preise der südamerikanischen Exporte sind gestiegen, was in den Vereinigten Staaten Unzufriedenheit ausgelöst hat. Darunter hat der Handel gelitten. Dies und der ungleiche Reichtum haben die Kräfte der Entzweiung gestärkt.

Man hat davon gesprochen, daß die neue republikanische Regierung des Präsidenten Eisenhower versuchen werde,

«mehr Handel und weniger Unterstützung»

zu ihrem Leitmotiv zu machen. Wenn sie diesen Grundsatz zur Ausführung bringt, dann ist es bestimmt eine gesundere Lösung als die fortwährenden einseitigen Hilfsprogramme. Voraussetzung ist jedoch ein hohes Maß guten Willens und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf beiden Seiten des Rio Grande.

Vom kalt überlegenden militärischen Standpunkt aus hat das interamerikanische Verteidigungsprogramm drei Hauptziele:

1. Die ganze westliche Hemisphäre zu sichern, einschließlich lebenswichtiger Punkte wie den Panama-Kanal. Der kalte Krieg mit Rußland hat natürlich das Hauptinteresse auf die Arktis gelenkt, wodurch die amerikanisch-kanadische Zusammenarbeit in diesem Gebiet in den Vordergrund gerückt ist; aber auch Südamerika besitzt wichtige militärische Ziele, die auf irgendeine Art angegriffen werden könnten. Der totale Schutz der Hemisphäre erfordert selbstlose Zusammenarbeit aller amerikanischen Völker.

2. Jede einzelne Nation innerhalb ihres eigenen Gebiets zu sichern, das heißt sie gegen innere Aufstände und Umwälzungen gefeit machen, die ebensoviel Schaden anrichten könnten wie Angriffe von außen. Die Kommunisten sind in Südamerika ebenso intensiv an der Arbeit wie irgendwo, und deshalb ist dieser Programmpunkt von größter Wichtigkeit.

3. Die USA nach Möglichkeit von der Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz Südamerikas zu befreien. Grob gesagt liegt heute die Verteidigung der beiden Kontinente zum größten Teil auf den Schultern der amerikanischen Streitkräfte. Je mehr diese Bürde an Gewicht verliert, desto mehr Kräfte werden für andere Zwecke frei, wodurch die ganze freie Welt gewinnen würde.

Die Erreichung dieser Ziele erfordert eine weitergehende Anregung der Zusammenarbeit sowohl in Süd- als in Nordamerika. Es ist zu hoffen, daß die neue

Regierung in Washington den Willen und die Kraft finden wird, den interamerikanischen Angelegenheiten mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn dies geschieht, darf man weiter hoffen, daß die Antwort der lateinamerikanischen Staaten nicht enttäuschen wird. Größere Anstrengungen und mehr guter Wille auf beiden Seiten können, im Hinblick auf eine Lösung der gegenseitigen Probleme, Wunder wirken.

Richard J. Davis

Militärische Umschau

Randbemerkungen

In den Auseinandersetzungen über einen Wehrbeitrag der deutschen Bundesrepublik zur Verteidigung Westeuropas finden seit einiger Zeit die schweizerische Neutralität und das schweizerische Wehrsystem rege Beachtung. In einem dem Problem der *Neutralität* gewidmeten Sonderheft der *«Deutschen Rundschau»* lesen wir in einem aus der Schweiz stammenden Artikel über den schweizerischen Wehrgedanken folgende Ausführungen:

> «Nach 1870 wurde der deutsche Einfluß sehr stark spürbar, und mancher schweizerische Berufsoffizier glaubte sich verpflichtet, dem preußischen Militärstil nachzueifern. Dennoch konnte der Milizcharakter der Armee gewahrt werden, aber es entstand eine innere Unsicherheit, ob diese Wehrreform in der Neuzeit noch kriegstauglich sei.
> Im ersten Weltkrieg erhielt der in Deutschland geschulte General Wille den Oberbefehl. Er war trotz seiner geistigen Herkunft ein loyaler Diener der Demokratie und versuchte, aus der Miliz das Bestmögliche herauszuholen. Aber er legte das Hauptgewicht der Ausbildung auf den weltanschaulich begründeten Drill und geriet in immer stärkeren Widerspruch mit der Volksmeinung. Seine militärischen Fähigkeiten wurden anerkannt, doch seine Haltung fand Ablehnung. Gegen Kriegsende war die Stimmung in der Armee sehr schlecht, und nur mit Mühe gelang es, den 1918 ausgebrochenen Generalstreik zu bewältigen».

In der Schweiz ist man über die bahnbrechende Arbeit Willes für unsere Armee genügend unterrichtet, um die obigen Ausführungen nicht ernst zu nehmen. Es ist aber bedauerlich, daß in einer angesehenen deutschen Zeitschrift den ausländischen Lesern ein Zerrbild Willes vor Augen geführt worden ist. Sie werden daher mit Nachdruck auf die von Edgar Schumacher herausgegebenen Schriften von General Wille hingewiesen, die es jedem, der sich ernsthaft um unser Wehrwesen bemüht, ermöglichen, sich ein eigenes Urteil über den Reformator unserer Armee zu bilden.

Die *Pressefreiheit* ist ein Lebenselement der Demokratie, und die öffentliche Kritik darf selbstverständlich auch vor der Armee nicht Halt machen. Die Unterbindung jeder Kritik während des letzten Aktivdienstes durch eine scharfe Zensur dürfte letzten Endes der Armee doch mehr geschadet als genützt haben. Eine Orientierung der Öffentlichkeit über gewisse Vorkommnisse und Zwischenfälle der Aktivdienstzeit hätte es vermutlich verunmöglicht, daß beteiligte Offiziere und Beamte nachher wieder einen nicht immer vorteilhaften Einfluß gewinnen konnten.

Umgekehrt muß aber auch festgestellt werden, daß der Pressefreiheit und besonders der Kritik an der Armee, im Interesse der Sache, gewisse Grenzen gesetzt sind, die sich jeder verantwortungsbewußte Journalist zur Pflicht machen

muß. Das ist aber nicht der Fall, wenn Zwischenfälle und Vorkommnisse aufgebauscht und dramatisiert werden, wie dies auch in diesem Jahr leider wiederholt der Fall war. So berichteten im August einige Tageszeitungen der französischen Schweiz von einem «Skandal in Losone», wobei einem Grenadierrekruten, der sich krank fühlte, vom Zugführer verboten worden sei, sich ins Krankenzimmer zu begeben. Tags darauf sei der Mann zusammengebrochen und im Spital sofort operiert worden. Entsprechende Kommentare für dieses unmenschliche Verhalten fehlten nicht. Die Untersuchung bestätigte, daß ein Rekrut ins Spital evakuiert und dort operiert worden ist. Sie ergab aber auch, daß der Rekrut am ersten Tag, da er Leibschmerzen verspürte, niemandem Meldung machte und den Arzt nicht aufsuchte. Erst am zweiten Tag, einem Sonntag, als er zum Wachtdienst antreten sollte, suchte er, völlig ungehindert, das Krankenzimmer auf und wurde vom Arzt sofort zur Operation in das Spital eingewiesen [1]). Der «Skandal» ereignete sich also nicht in Losone, sondern wurde erst nachträglich konstruiert und von einzelnen Tageszeitungen ohne Nachprüfung verbreitet.

Eine nicht sehr geschickte Übung von Motorradfahrerrekruten, die ihre Motorräder über ein asphaltiertes Straßenstück von 1860 m Länge stoßen mußten, verwandelte sich im Bericht der «Berner Tagwacht» zu einer «Soldatenschinderei» auf einer Strecke von 2,5 km, und ein Schwächeanfall harmloser Art, den ein Rekrut dabei erlitt, wurde zur «schweren Herzschwäche» mit dem Kommentar: «Ein junges blühendes Menschenleben hat unter Umständen für sein ganzes Leben eine Schwäche, die er einem übermäßigen Schlauch verdankt» [2]).

Schließlich meldete der «Schwyzer Demokrat» als «Schikanen bei den Schwyzer Truppen», die Soldaten hätten sich täglich rasieren und die Riemen genauestens verschlaufen müssen [3]).

Wir müssen auch immer wieder feststellen, daß öffentliche Meinung und Presse sehr verschieden reagieren, je nachdem sich Unfälle im Militärdienst oder anderswo ereignen. Im Laufe dieses Jahres sind zweimal eine Anzahl aus dem Dienst nach Hause zurückkehrende Wehrmänner durch Autos getötet oder verletzt worden (siehe z. B. NZZ, Nr. 2240). Ist über diese Vorfälle, außer der Agenturmeldung, irgend ein weiteres Wort in der Öffentlichkeit vernommen worden? Ereignet sich aber ein Unglück im Dienst selbst, setzt häufig eine massive Kritik ein. Man erinnert sich an die außergewöhnliche Publizität der Todesfälle in der Aspirantenschule in Bern. Im gleichen Blatt, in dem die diesbezügliche Begründung der Interpellation Eggenberger publiziert wurde, las man folgende Agenturmeldung:

> «Am Dienstagvormittag gegen 11 Uhr 45 ereignete sich bei der ‚Gola dello Stalvedro' ein Unfall. Zwei auf der Baustelle der neuen SBB-Brücke beschäftigte Arbeiter glitten beim Passieren eines provisorischen Überganges auf dem nassen Holz aus und stürzten in den hochgehenden Tessin, wo sie ertranken» (NZZ, Nr. 1227/1952).

Hat man je gehört, daß gegen die SBB irgendwelche Vorwürfe erhoben worden sind, die Vorsichtsmaßnahmen auf der provisorischen Brücke seien ungenügend gewesen?

Die «Aargauische Vaterländische Vereinigung» veröffentlichte in ihrem Bulletin No. 10 (Oktober 1952) einen Vortrag des verstorbenen Oberstdivisionärs Berli, der an Hand eines beeindruckenden Zahlenmaterials die sehr geringe Zahl von Unfällen im Militärdienst nachweist, trotzdem es unerläßlich sei, «Kader und Truppe gelegentlich durch hohe Anforderungen auf die Probe zu stellen», gewaltige Summen von Munition verschossen und beispielsweise im Jahre 1951 83 000 scharfe Handgranaten geworfen wurden. «Im Hinblick auf die menschlichen Un-

zulänglichkeiten und auf unvorhersehbare Umstände sind Unglücksfälle nicht zu vermeiden. Im Zivilleben werden ja infolge menschlicher Unzulänglichkeiten nicht weniger Risiken eingegangen. Wenn sich im Militärdienst solche zeigen, so will man sie nicht gelten lassen. Man ist im Gegenteil bald bereit, am Respekt des Vorgesetzten vor dem menschlichen Leben zu zweifeln». Über die Instruktionsoffiziere sprechend, sagte Oberstdivisionär Berli:

> «Diese Männer verdienen es, daß ihnen, wenn unter ihrem Kommando, trotz aller Fürsorge, Umsicht und Rücksichtnahme, ein Unfall passiert, in der öffentlichen Diskussion jene menschlichen Rücksichten zuteil werden, auf die wir sonst so stolz sind, bis das Untersuchungsergebnis vorliegt. Dazu gehört, daß man es unterläßt, Anklageschriften in den Zeitungen zu veröffentlichen. Diese Rücksichtnahme liegt im eigensten Interesse aller jener, denen an einer wehrhaften Schweiz gelegen ist. Denn wenn sich die Verunglimpfungen häufen, so könnten sie zu einer ernsthaften Vertrauenskrise gegenüber der Armee führen, und dies ohne wirklichen Grund. Schließlich könnten die Anmeldungen wirklich guter Offizierskandidaten noch spärlicher zu fließen beginnen als bisher. Schon heute sind wir bei einzelnen Waffengattungen in dieser Beziehung nicht weit von einer kritischen Situation».

Im allgemeinen reagieren jene, die am lautesten das Hüteramt der Presse und die Notwendigkeit der Kritik betonen, sehr empfindlich auf jede Kritik an ihrer Tätigkeit. Das mußte auch Oberstdivisionär Frick erfahren, der an der Jahresversammlung der «Schweizerischen Offiziersgesellschaft» in sachlicher Weise gegen eine gewisse Sorte von Soldatenbriefen Stellung nahm [4]). In einem Zeitungsartikel wurde ihm, ohne ihn allerdings zu nennen, vorgeworfen, er störe mit seinen Attacken das sonst gute Verhältnis der Armee zur Presse und setze damit eine nicht hoch genug einzuschätzende Errungenschaft der Aktivdienstzeit aufs Spiel [5]). In seiner im gleichen Blatt erschienenen Entgegnung schrieb Major Huber (Frauenfeld) sehr richtig, es drehe sich hier nicht um eine Einschränkung der Pressefreiheit, «sondern um die Sauberkeit der Berichterstattung in Fragen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die Presse sollte sich hier der gleichen Selbstdisziplin unterziehen, wie wir sie für den Wehrmann gefordert haben» [6]).

Eine der folgenschwersten Errungenschaften der neuen Truppenordnung bilden offenbar die *Luftschutztruppen.* Zur grundsätzlichen Kritik dieser Neuerung, anläßlich der Beratung der neuen Truppenordnung, gesellt sich jetzt die Kritik an verschiedenen Vollzugsmaßnahmen. Zahlreiche Wehrmänner aller Grade haben die Versetzung zu den neuen Luftschutztruppen als eine Deklassierung empfunden. Anderseits sind die Angehörigen der bisherigen, örtlichen, blauuniformierten Luftschutzorganisationen einer Nachmusterung unterzogen und in sehr großer Anzahl ebenfalls in die neuen Luftschutztruppen eingereiht und feldgrau eingekleidet worden. Diese Einreihung in die Armee erfolgte in dem beim blau gekleideten Luftschutz errungenen Grad, so daß also vielfach Hilfsdienstpflichtige, die ohne jede militärische Ausbildung beim «blauen Luftschutz» Offiziers- und Kommandofunktionen ausübten, heute als Hauptleute und Majore der feldgrauen Luftschutztruppen in die Armee übernommen wurden. Bei dieser «Aufwertung» des blauen Luftschutzes sind auch Leute in die Armee eingereiht worden, die früher aus verschiedenen Gründen von der Erfüllung der Militärdienstpflicht ausgeschlossen worden waren, ein Betriebsunfall, der nur teilweise korrigiert worden ist. Die Verfügung des EMD vom 15. Oktober 1952, durch die neuerdings auf 1. Januar 1953 200 Subalternoffiziere des Auszuges verschiedener Truppengattungen zu den Luftschutztruppen versetzt werden müssen, begegnete einer heftigen Kritik. Allein das

Basler Regiment hätte 20 junge Subalternoffiziere zu den Luftschutztruppen versetzen sollen, wobei besonders vermerkt wurde, daß die Auswahl dieser Offiziere durch die Abteilung für Luftschutz erfolge [7]). In den «Basler Nachrichten» vom 27. November (No. 507) erschien dann eine Verlautbarung des Chefs des Pressedienstes des EMD, wonach eine Überprüfung des Verteilungsmodus in Aussicht stehe. Bereits am 30. November waren die «Basler Nachrichten» in der Lage, das Ergebnis dieser Überprüfung mitzuteilen (No. 510). Darnach wird die Zahl der vom Regiment 22 abzugebenden Offiziere reduziert, die Umteilung erfolgt, wenigstens vorläufig, auf freiwilliger Basis, der endgültige Entscheid steht nicht der Abteilung für Luftschutz, sondern dem Regimentskommandanten zu. Die Redaktion schätzte sich glücklich, durch ihre verschiedenen Publikationen diese Lösung herbeigeführt zu haben. Gewiß ist dieselbe zu begrüßen. Aus Prestigegründen wäre es aber wünschbar gewesen, wenn Bern von Anfang an eine solche Lösung in Aussicht genommen haben würde.

Wenn schon bei der Planung der neuen Luftschutztruppen die Befürchtung ausgesprochen worden ist, diese Maßnahme werde das Interesse der Bevölkerung für die zivilen Luftschutzmaßnahmen beeinträchtigen, so hat sich diese Befürchtung in der Referendumsabstimmung über den Einbau von Luftschutzräumen in bestehende Häuser leider bestätigt. Die «Neue Zürcher Zeitung» kommentierte diesen Volksentscheid mit vollem Recht u. a. mit den Worten: «Seitdem aber der Luftschutz in die Armee eingegliedert worden ist, scheint das Interesse der Luftschutzoffiziere an der Orientierung der Zivilbevölkerung erlahmt zu sein, und den Bewohnern der großen Zentren fehlt — mit Grund — das Gefühl der früheren engen Verbundenheit mit dem aus ihren Gemeinden abgezogenen Luftschutz. Wenn die Bevölkerung momentan keine starke innere Beziehung zum Luftschutz empfindet, so trägt die neue Truppenordnung an dieser Lockerung auch ihren Teil Schuld» [8]).

Zum Schluß verweisen wir auf den ausgezeichneten Artikel *Unteilbare Disziplin* von Major v. Orelli in der Novembernummer der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift». Die kritischen Bemerkungen stimmen einen nachdenklich und bilden einen aufrüttelnden Mahnruf für alle, die in Reih und Glied stehen. Sie bilden aber auch einen Mahnruf für jene, die allzu gern bereit sind, im Zeichen moderner Kriegserfahrungen bewährte militärische Grundbegriffe über Bord zu werfen. Solange aber Offiziere da sind, die den Mut haben, in aller Offenheit, sachlich und überzeugend auf wunde Stellen hinzuweisen und eine so angesehene Zeitschrift wie die ASMZ solchen Warnrufen ihre Spalten öffnet, darf einem nicht bange werden.

Miles

---

[1]) Neue Zürcher Zeitung, Nr. 1901/1952. [2]) Berner Tagwacht, 12. September 1952. [3]) Schwyzer Demokrat, Siebnen, 31. Oktober 1952. [4]) Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, Julinummer 1952. [5]) Neue Zürcher Zeitung, Nr. 2246/1952. [6]) Neue Zürcher Zeitung, Nr. 2400/1952. [7]) Basler Nachrichten, Nr. 477 und 488/1952, und Oltner Tagblatt, 18. November 1952. [8]) Neue Zürcher Zeitung, Nr. 2194/1952.